

Halleische Zeitung

vorm. im B. Schwesfke'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

Insertionsgebühren für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 18 Pf., 15 Pf. für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg. Reclamen an der Spitze des Anzeigens pro Zeile 40 Pf.

N 200. Verlag der Actien-Gesellschaft Halleische Zeitung. Halle, Mittwoch den 29. August. Verantwortl. Redacteur: Dr. Vertr. A. Gehring in Halle. 1883.

Die Rübenzucker-Enquete.

Bei der Frage der Besteuerung des Zuckers kommen vor Allem folgende Erwägungen in Betracht.

Der Zucker ist einer der gezeigtesten Gegenstände für eine Verbrauchssteuer, da der Genuss desselben in allen Schichten der Bevölkerung sehr verbreitet ist. Auf den Kopf rechnet man an jährlichem Verbrauch in Deutschland 6,8 Kilogramm, in Großbritannien 30,5, in Frankreich 9,5, in Oesterreich 5,5, in Rußland 4,25, in Italien 3,2 Kilogramm. Früher, als nur das Zuckergrohr den Zucker lieferte, wurde die Abgabe nur bei der Einfuhr als Zoll erhoben; nachdem man anfing, auch aus der künftigen Zucker zu gewinnen, wurde die Besteuerung des inländischen Zuckers überall eingeführt, in Deutschland 1841. Die Steuer mußte nun in ein gewisses Verhältnis zu dem Zoll gesetzt werden: letzterer sollte nämlich die inländische Fabrikation schützen, wozu die Einkünfte aus dem Zoll dienen wurden, während andererseits die inländische Steuer tiefer ausfallen mußte, zugleich aber die Entwicklung der Zuckerindustrie nicht hemmen durfte; die Einführung von Ausfuhrvergütungen gestattete, die Steuer allmählich höher zu bemessen und dabei doch die Zuckerindustrie zu fördern. Alle diese Verhältnisse kommen auch jetzt noch in Betracht: der Zoll ist ein Schutzzoll, die Steuer soll der Reichsstaatskasse große Einnahmen liefern, dabei aber die Entwicklung der Industrie nicht hindern, welche durch Ausfuhrvergütungen in den Stand gesetzt wird, im Auslande große Absatzgebiete aufzusuchen und dauernd zu besetzen. Die Befreiung der Höhe des Zolles, der Steuer und der Ausfuhrvergütung muß alle diese Verhältnisse gleichmäßig beachten. In den verschiedenen Ländern ist die Höhe sehr verschieden: in Deutschland kommen auf den Kopf an Zuckergroß (Zoll und Steuer) 1,14 M., in Frankreich 4 M., in Oesterreich 1,27, in Rußland 0,49 M.

Nicht minder wichtig aber erscheint die richtige Besteuerungsart: da der Zucker ein aus verschiedenen Processen und Factoren hervorgegangenes Product ist, sind verschiedene Arten der Besteuerung möglich, die alle auf die Fabrikation selbst sehr verschieden einwirken können und also schließlich auch von Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und auf das finanzielle Gesamtergebnis der Steuer sind.

Die Besteuerungsarten, welche in den verschiedenen Ländern zur Anwendung kommen, sind folgende. Die Zuckersteuer wird erhoben 1) von dem Rohmaterial, d. h. nach dem Gewicht der zur Verarbeitung kommenden Rüben; diese Besteuerungsart ist in Deutschland die herrschende; 2) wird sie erhoben nach der Leistungsfähigkeit der bei der Zuckerrfabrikation benutzten Apparate (Oesterreich-Ungarn und Rußland); 3) nach der Dichtigkeit des in bestimmten Proben enthaltenen Zuckers (Belgien und Holland); 4) nach dem fertigen Product, d. i. die sogenannte Fabrikationssteuer, welche zur Zeit namentlich in Frankreich besteht.

Die Rohmaterial- oder Rübensteuer (in Deutschland) hat vor den 2) oder 3) genannten Besteuerungsarten voraus, daß sie bei der Fabrikationsarbeit selbst nicht steigt und sehr vortheilhaft auf die Bevölkerung der Arbeit einwirkt. Denn die Höhe der Steuer treibt dazu, aus dem möglichst kleinen Rübenquantum möglichst viel Zucker zu gewinnen, und das hat in der That zu großen Fortschritten in der Fabrikationsweise geführt. Nachtheilig ist ihr, daß auf den eigentlichen Zuckergehalt der Rübe keine Rücksicht genommen wird, daß also für wenig zuverläßliche Rüben derselbe Zuckergehalt werden muß wie für die beste Sorte, und daß dabei wieder die in den einzelnen Jahren, noch die an den einzelnen Orten verschiedene Qualität berücksichtigt wird. So kann es kommen, daß von einem Centner Zucker 3 B. in Süddeutschland 12,50 > 80 $\frac{1}{2}$ = 10 M., von einem Centner Zucker in einigen Gegenden Norddeutschlands 10,86 > 80 $\frac{1}{2}$ = 8,68 M. erhoben werden, wiewohl aus 12,50 Centnern, hier schon aus 10,86 Centnern Rüben ein Centner Zucker gewonnen wird. Diese Ungleichheit der Steuer läßt sich auch kaum durch einen Wertsatz ausgleichen, ohne die Einnahmen zu schädigen und die Andern zu bevorzugen.

Die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit der Apparate (auch Paulsch'sche genannt) erfordert eine unablässige Controle derselben, während auch hier die Verschiedenheit des Zuckergehalts nicht berücksichtigt werden kann.

Die Besteuerung nach der Dichtigkeit des Zuckersaftes nach einem bestimmten Maße gewährt allerdings die Möglichkeit, die im Saft enthaltenen Zuckermenge richtig zu treffen, wiewohl aber auf den Fabrikationsbetrieb störend und läßt die Möglichkeit von Defraudationen zu.

Die Fabrikationssteuer endlich erfordert eine fortwährende Ueberwachung der Fabriken und deren vollständigen Abschluß nach Außen; sie stört zwar den Betrieb selbst nicht, wie sie erst das fertige Product trifft, aber bisher ist noch kein Verfahren gefunden, den reinen Zuckergehalt des fertigen Rohzuckers genau zu bestimmen und danach die Steuer zu bemessen. Bei dem einen Verfahren, welches man in Deutschland für die Bestimmung der Zuckergehalte anwendet, wird der Zuckergehalt nach der Farbe bestimmt, bei dem anderen, welches in Deutschland für die Ausfuhrvergütungen angewandt wird, wird (mit einem Polarisationsapparat) aus dem Lichtschein der Zuckersubstanzen der Zuckergehalt zu bestimmen gesucht. Beide Arten des Verfahrens sind aber mangelhaft und nicht zuverlässig, und es fragt sich, ob darauf das gesamte Besteuerungssystem gegründet werden kann.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner X-Correspondent schreibt uns heute: Der Bundesausschuss hat heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Bütticher zusammengetreten, um die Aufgaben für die nächste Session des Reichstages vorzubereiten. Es handelt sich hierbei in erster Linie nur um den spanisch-deutschen Handelsvertrag und um die nachträgliche Genehmigung oder Revalidierung des seit dem 14. bestehenden Protokolls wegen Ermächtigung der Zolltarife gegenüber Spanien. Dem Vertrag ist eine Denkschrift beigelegt, welche genau Bericht erstattet über den Gang

der Vertragsverhandlungen und über die Notwendigkeit, auf die von Spanien geforderte sog. Hamburger Schiffkaufel einzugehen. Des Weiteren wird darin über den Umfang des Waarenverkehrs zwischen beiden Ländern berichtet, woraus zur Evidenz hervorgeht, daß besonders unsere Spirituosen-, Eisenwaren-, die Textilindustrie, Maschinenfabriken, Leberfabrikannten einen wesentlichen Vorteil von dem Vertrage haben. Es kann dem auch gar keinen Zweifel unterliegen, daß der Reichstag dem Vertrage seine Zustimmung ertheilen wird.

Vorläufiglich wird während der bevorstehenden Session auch die Grundbesitzsteuerung zum neuen Reichstagsgebäude vollzogen werden. Es war schon vor einigen Wochen von dieser Gelegenheit die Rede, als die Einberufung des Reichstages ohnehin als eine Möglichkeit erörtert wurde. Nachdem dieselbe nun so schnell zur That geworden, ist es freilich fraglich, ob die Grundbesitzsteuerarbeiten noch in so kurzer Zeit beendet sein und ob die allgemeinen Vorarbeiten für die Feier so schnell erledigt werden können. Erst heute Abend dürfte hierüber Beschluß gefaßt werden. Wenn derselbe dem Projekte günstig ausfällt, so würde die Grundbesitzsteuerung wohl am 2. September zur Feier des Sedanfestes im Beisein des Reichstages vom Kaiser vollzogen werden. Schon dieser Beschluß würde einen sehr wichtigen Reichstagsmitglied gewiß gern in Berlin zurücklassen lassen, auch wenn schon ein oder zwei Tage vorher die Session beendet sein sollte. Doch werden die Reichstagsvorarbeiten nicht bis zum Sonnabend, 1. Septbr., andauern, weil außer dem Handelsvertrage auch noch die internationale fiskalische Convention zur Beratung gelangen soll. — Herr von Krosigk, der Präsident des Reichstages, trifft heute hier aus der Schweiz ein; für morgen Abend sind bereits mehrere Fraktionskategorien angedeutet worden.

Die Mittheilung, daß der Landtag erst am 15. Januar n. J. einberufen werden würde, ist im kleinen Deut mehr werth, als die nicht von derselben Stelle ausgehende Nachricht von neuen Steuerreformen und Schuldenanleiheentwürfen. Letztere Nachricht ist es bereits auf Grund der Thatfache berichtet, daß das Staatsministerium noch keinerlei Beschluß über die nächsten Aufgaben des Landtags gefaßt hat. Auch die Nachricht von der Hinabschiebung der Einberufung des Landtags bis zum 15. Jan. ist nicht als eine müßige Combination; jedenfalls haben an entscheidender Stelle noch nicht einmal Erwägungen hierüber stattgefunden. In den Ministerien denkt man an alle diese Dinge weit weniger als ein um gute Nachrichten verlagerer Berichterstatter. Es wird wohl auch noch eine Zeit lang dauern, ehe das Staatsministerium sich mit diesen Dingen nicht dringenden Fragen beschäftigen wird, zu mehreren Ministern noch für längere Zeit beurlaubt sind.

Die Wahlbewegung für die Berliner Stadterordnetenwahlen ist eine ziemlich lebhaft, und wird es namentlich von fortschrittlicher Seite unangenehm empfunden, daß auch die Socialdemokraten sich an dieser Bewegung beteiligen. Sehr charakteristisch ist es, daß die Fortschrittler der Ansicht sind, auf Grund des Socialistengesetzes dürfe die Polizei den Socialdemokraten nicht die Theilnahme an den Communalwahlen gestatten und müsse dieselbe alle beratenden Versammlungen und Kundgebungen verbieten. So sprechen die meisten Leute, welche in der Presse für die Aufhebung des Socialistengesetzes agitieren und aus der Erstlings dieses Gesetzes den Vorwurf der Reaction gegen die Regierung beziehen. Aber das wissen wir ja schon lange, in Berlin, wo der Fortschritt sich in der Vertheilungszustände befindet, wendet er alle Mittel zur Unterdrückung der persönlichen Freiheit und der Gewerkschaften an. Es geht nichts über die Consequenz der Fortschrittler!

Am Veränderungen im Personalstande des Reichstages sind zu vergleichen: Seit Schluß der letzten Session kamen vier Mandate zur Erledigung, und zwar der Wahlkreis 19 Hannover und 2 Opper durch Mandats-Niederlegung der Abg. v. Bennigen bey. Graf Balstern, und der Wahlkreis 5 Ostel und 2 Straßburg durch den Tod der Abg. Professor Dr. Arnob und Baumeister Stoll. Außerdem ist das Mandat des Abg. Dr. Clauswig (1. Merseburg) bekanntlich für unzulässig erklärt. Erwähnt sind in der Zwischenzeit die Abg. Bebel für 1. Hamburg (an Stelle von Santmann), Rechtsanwalt Wabla 2. Pfalz (an Stelle von Petersen) und Rechtsanwalt Schend 2. Wiesbaden (an Stelle von Dr. Schulze-Delitzsch). Die Zahl der Abgeordneten beläuft sich sonach gegenwärtig auf 392, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Fractionen vertheilen: Die stärkste Fraction ist das Centrum mit 104 Mitgliedern (einschließlich der 9 Weislichen Hospitanten), dann folgt die Fortschrittspartei mit 60, die Deutschconservativen mit 51, die liberale Vereinigung mit 46, die Nationalliberalen mit 44, die Deutsche Reichspartei mit 22, die Polen mit 18, die Socialdemokraten mit 13 und die Volkspartei mit 9 Mitgliedern. Reiner Fraktion gehören 25 Abgeordnete an, darunter die 15 Esch's-Rotfringer.

Beim Reichstag sind die Asten zu dem Spanisch-Deutschen Handels- und Schiffahrtsvertrag angefangen, welche direct von der spanischen Regierung durch Vermittlung des spanischen Gesandten überreicht wurden. Die Aste, in welcher die Asten verpackt waren, hat ein Gewicht von ca. 150 Kilogramm.

Der Präsident des Reichstages, Abg. von Levetzow, welcher schon am verfloffenen Sonnabend von seiner Bahereise hier eingetroffen war, hat sich sofort auf sein Gut Gossow bei Königsberg in der Neumark begeben und lebt morgen früh von dort wieder hierher zurück, um alle Vorbereitungen für die Reichstagsession zu treffen. Auch zahlreiche andere Mitglieder des Reichstages sind bereits hier eingetroffen, so daß man wohl annehmen kann, der Reichstag werde in beschlußfähiger Anzahl hier versammelt sein. — Um Uebrigen ist man in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß die bevorstehende außerordentliche Session nicht so still sich abwickeln werde. Man glaubt vielmehr, daß die liberalen Abgeordneten dieselbe als eine günstige Gelegenheit betrachten werden, um für die künftigen Meinungen zum Reichstags schon jetzt zu agitieren. So soll man bei den Fortschrittlichen und Socialdemokraten die Ansicht haben, eine allgemeine politische De-

batte mit dem spanischen Handelsvertrage in Verbindung zu bringen und bei der Generaldiscussión über die Vorlage auch den bekannten Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und die Vorgänge jenseit der französischen und russischen Grenze in die Discussion zu ziehen. Ob dieses Bestreben der Regierung willkommen sein werde, ist eine Frage, die sich durch zu Erwidern heranziehen lassen werde, diese Frage dürfte augenblicklich wohl noch nicht beantwortet werden können und von den Umständen, wie sie sich dahin noch entwickeln, abhängen. Doch glauben wir, daß die Regierung einem derartigen Auftreten der einzelnen Fraction nicht geradezu entgegengetreten wird.

In der Presse wird vielfach eine, anscheinend einer bestimmten Berliner Zeitungskorrespondenz entnommene Nachricht colportirt, daß die Einberufung des Reichstages erst am 15. Januar nächsten Jahres stattfinden werde. Es ist nicht erfindlich, worauf diese Mittheilung beruht. Nach unseren Nachrichten hat über den Termin, an welchem der Landtag zusammenzutreten soll, eine Entscheidung überhaupt noch nicht stattgefunden und auch föhlich nicht stattfinden können, da einzelne der hierbei besonders beteiligten Reichstagsmitglieder sich auf Urlaub befinden. Die in Rede stehende Nachricht muß daher als durchs- und unzutreffend und geradezu aus der Luft gegriffen bezeichnet werden.

Für viele größere Waugewerkschulen hat sich im Laufe dieses Sommers eine wichtige Umgestaltung vollzogen, in die bisherigen Klassen Schulen (Hienburg, Deutsch-Krone, Höfster etc.) um Anordnung des Unterrichtsministeriums in vierklassige Schulen umzuwandeln worden sind.

Nachdem der Weltliche Oberste Rath und Vorsitzende der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs, Dr. Pape, von seiner Reise in Karlsruhe wieder hier eingetroffen ist, werden, wie wir hören, schon in den ersten Tagen des Monats September gemeinschaftliche Sitzungen dieser Commission stattfinden, um die einzelnen Ausarbeitungen der betreffenden Redactoren der verschiedenen Abtheilungen einer eingehenden gemeinsamen Prüfung zu unterziehen.

Die auf Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten von der Staatsbahnenverwaltung eingerichteten Lehranstalten für die Ausbildung von Beamten für die Maschinenindustrie, namentlich von Locomotivführern, Wagen- und Werkmeistern für den Eisenbahnbau, haben sich sehr gut bewährt. Die Lehrlinge werden in den ersten beiden Jahren der vierjährigen Regelzeit in besonderen Lehrverhältnissen ausgebildet und in allen Arbeiten unterrichtet und sodann verschiedenen Werkstattabtheilungen überlassen, um durch zuverlässige Arbeiter mit allen vorerwähnten Arbeiten bekannt gemacht zu werden.

Am dem Reichstag des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Maybach, an die Berlin-Dambrger Eisenbahn-Gesellschaft wird die beabsichtigte Aenderung der Statuten befragt. Die Gesellschaft über die Verstaatlichungsofferte als nicht richtig bezeichnet. Das Reichstags soll, wie es heißt, Zusicherungen in Aussicht stellen, welche eine Gewähr gegen spätere Klagen der Aktionäre bieten. Zum Schluß wird an den Ablauf des Termins erinnert, bis zu welchem die Antwort auf die staatliche Offerte einzuliefern sei. Behufs Berathung dieses Reichstags, sowie zur Beschlußfassung über die einzuleistenden Schritte, hat am Sonnabend Nachmittag hierbeilich eine Sitzung des Ausschusses stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, ungeachtet des obigen Reichstags eine außerordentliche Generalversammlung am Ende September einzuberufen und derselben die Abänderung des § 61 des Statuts vorzuschlagen.

Bekanntlich traten im verfloffenen Jahre in zahlreichen Theilen der Staatsforsten Vermittlungen unter den Kiefernbeständen durch die Forsten Noctua piniperda ein, so daß die Gefahr droht, daß zahlreiche Bestände an allem Nadelholz in Zukunft vollständig verarmt werden könnten. Seitens der Abtheilung für Forsten des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten sind daher die betreffenden Landesforstämtern darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Buppen dieses gefährlichen Insektes augenblicklich unter dem Moose der Kiefernbestände zu finden sind und daß ein sicheres Mittel zur Vertilgung derselben das Eintreiben von Schweinen ist, welche diese Larven verzehren. Die Forstverwaltungen sind in Folge dessen aufgefordert worden, das Eintreiben von Schweinen in die betreffenden Forststücke unentgeltlich zu gestatten und derselbe sogar dadurch zu befördern, daß sie die Beförderung der Bienen nöthigenfalls auf die Kasse des Staats übernehmen. Den Gemeinden wird dadurch eine billige Maß dieser Pflanze geboten und haben sich dieselben bei den betreffenden Oberförstereien zu melden.

Der Landes-Eisenbahnrat wird, wie wir hören, schon in der zweiten Woche des Monats September zu seiner ersten constituirten Sitzung einberufen werden. Zum Vorsitzenden derselben ist der Director der Eisenbahn-Abtheilung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Wirklicher Geheimde Ober-Regierungsrath Frey, und zu dessen Stellvertreter der Geh. Regierungsrath in derselben Ministerial-Abtheilung Bied von Kaiser ernannt worden. Geh. Rath Frey ist namentlich mit der Einberufung dieser Körperschaft beauftragt worden.

Die Handelskammer zu Erfeld erörtert in ihrem letzten Jahresberichte die wohlthätigen Einflüsse der Durchführung des Staatsbahnsystems auf die industriellen und Handelsverhältnisse ihres Bezirkes, welche unter der Herrschaft der früheren Privatbahnen und ihrer Conbinirten vielfach arg benachtheiligt waren. Erst dem Staatsbahnsystem, so berichtet die Kammer, ist es vorbehalten gewesen, hierin Wandel zu schaffen, nachdem Erfeld und sein Hinterland lange Jahre die Opfer oft kleinlicher Konkurrenzverhältnisse, welche die Staatsoberaufsicht nicht hindern konnte, gewesen sind. Die Forderung, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten und die zuständigen Staatseisenbahnbehörden dem Verkehrsver-

